

PRESSEMITTEILUNG

Nr.: 030
Thema: WBM

Redaktion: Frank Hufnagel
Datum: 03.02.2006

WANSNER: KOLLEKTIVES VERSAGEN DES SENATS IN SACHEN WBM

Senat hat die Öffentlichkeit über die wahre Situation seit Jahren belogen

Der stellvertretende Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, **Kurt WANSNER**, hat heute dem Senat vorgeworfen, die Öffentlichkeit in Sachen Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) seit Jahren belogen zu haben:

„Die CDU-Fraktion hat die Krise der öffentlichen Wohnungswirtschaft seit 2001 immer wieder im Abgeordnetenhaus thematisiert. Trotz eindeutiger Zahlen hat der Senat immer beschwichtigt. Zuletzt hat er noch im Beteiligungsbericht 2005 (Seite 706) zur WBM ausgeführt: *„Erhebliche Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder sogar auf den Fortbestand der Gesellschaft haben könnten, sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erkennen.“*

Wansner dazu: „Das war Stand Mai 2005. Erst als die Insolvenz Ende 2005 faktisch eingetreten war, gab der Senat die Notwendigkeit der einschneidenden Sanierungsmaßnahmen zu.

Senat, SPD und Linkspartei.PDS haben ihre Kontrollfunktion nicht wahrgenommen. Es reicht nicht, nur über ein Beteiligungscontrolling zu reden, wenn man mit dem Management überfordert ist. Die CDU-Fraktion fordert daher:

- Mieter und Mitarbeiter dürfen nicht zu den Hauptleidtragenden werden; es sind unverzüglich rechtliche Schritte gegen die am Versagen Beteiligten einzuleiten.
- Der Senat muss dem Abgeordnetenhaus unverzüglich einen Sanierungsplan vorlegen.“